



wiiw

The Vienna Institute
for International
Economic Studies

BertelsmannStiftung

PRESSENOTIZ

14. September 2020

Neue Studie von Bertelsmann Stiftung & wiiw:

Ein Wandel der EU-Balkanstrategie ist längst überfällig

Seit 20 Jahren versucht die Europäische Union durch die Förderung regionaler Wirtschaftskooperation auf dem Westbalkan auch die politische Aussöhnung voranzutreiben. Diese EU-Strategie ist bislang jedoch nicht in erwünschtem Ausmaß aufgegangen. Die EU wird zur Überwindung der konstitutionellen und territorialen Konflikte in der Region, die politische Kooperation der Balkanländer sehr viel entschlossener vorantreiben müssen. Dabei können Strategien differenzierter EU-Integration als Anreiz dienen, der für die wirtschaftliche Entwicklung der Region wesentlich erfolgversprechender ist.

Die Bertelsmann Stiftung und das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) veröffentlichen heute eine gemeinsame Studie, in der sie die EU-Strategie gegenüber Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien über einen Zeitraum von zwei Dekaden aus ökonomischer Perspektive evaluieren.

Die wichtigsten Schlussfolgerungen in Kürze:

- Nach nun zwei Jahrzehnten ist mehr als deutlich, dass sich die Hoffnungen der EU, auf dem Westbalkan eine politische Versöhnung durch wirtschaftliche Integration innerhalb der Region voranzutreiben, nicht erfüllt haben. Dies ist kaum überraschend, denn wie die Studie zeigt, fehlen bis heute wesentliche Voraussetzungen für eine effektive regionale Zusammenarbeit auf dem Westbalkan.
- Zwar hat sich die regionale Zusammenarbeit im Bereich Handel, Investitionen und Infrastruktur etwas intensiviert, doch nicht zwischen allen Ländern in gleichem Maße. Entscheidend ist, dass sich Serbien - der wichtigste Player in der Region – an wirtschaftlichen Kooperationsprojekten mit den anderen Ländern nie intensiv beteiligt hat.
- Die potenzielle wachstumsfördernde Wirkung, die sich durch eine verstärkte wirtschaftliche Kooperation zwischen sechs kleinen und relativ armen Ländern erwarten lässt, ist zwangsläufig gering.
- Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Region ist im Vergleich zu Deutschland größtenteils hinter jenem der osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten zurückgeblieben. Nicht zuletzt zeugt die dramatische Abwanderung von fehlender Hoffnung auf künftige wirtschaftliche Perspektiven.
- Durch regionale Wirtschaftsintegration allein lassen sich weder Fortschritte bei der Lösung konstitutioneller und territorialer Streitigkeiten erzielen noch das Entwicklungsniveau am Westbalkan erhöhen.
- Für eine deutliche Verbesserung des Lebensstandards ist eine Intensivierung der wirtschaftlichen Integration mit der EU – als Vorstufe eines EU-Beitritts – eine wesentlich vielversprechendere Strategie. Darüber hinaus zeigt die Erfahrung der Visegrád-Staaten, dass eine tiefere Wirtschaftsintegration mit der EU auch eine Intensivierung der regionalen Beziehungen bewirken kann.

- Nur von konkreten und glaubwürdigen Schritten in Richtung eines EU-Beitritts der Westbalkanländer können auch entscheidende Impulse für die Lösung der festgefahrenen konstitutionellen und territorialen Konflikte in der Region erwartet werden.

Wirtschaftliche Kooperation hat zwischen den meisten Ländern des Westbalkans zwar zugenommen, für Serbien jedoch weitaus weniger.

Die zu Beginn der 2000er-Jahre abgeschlossenen bilateralen Handels- und Investitionsabkommen zwischen den Ländern des Westbalkans hatten einen schwachen positiven Einfluss auf die regionale Wirtschaftsintegration: sie bewirkten einen Anstieg der intraregionalen Exporte um lediglich 13,9%. Demgegenüber hatte das neue mitteleuropäische Freihandelsabkommen (CEFTA), das 2007 in Kraft trat, weitaus stärkere Auswirkungen und führte zu einem Anstieg des intraregionalen Handels um 37,7%. Rechnet man Serbien aus den Ergebnissen heraus, so zeigen sowohl die ursprünglichen bilateralen Freihandelsabkommen als auch CEFTA einen viel größeren, positiven Einfluss auf den Handel zwischen den einzelnen Ländern. Serbien hat seinen Außenhandel vorwiegend außerhalb der Region, insbesondere mit der EU, intensiviert.

Die verstärkte wirtschaftliche Integration mit der EU hat nicht die gleichen Resultate gebracht wie für die osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten.

Die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAAs) der Westbalkanländer mit der EU haben zu einem Anstieg der Exporte um 24,6% und der ausländischen Direktinvestitionen aus der EU um 46,2% geführt. Die Westbalkanländer waren jedoch nicht in der Lage, westeuropäische Direktinvestitionen im selben Umfang zu lukrieren wie etwa die Visegrád-Staaten vor ihrem EU-Beitritt. Mit sehr wenigen Ausnahmen fallen große, multinationale Investoren auf dem Westbalkan vor allem durch ihre Abwesenheit auf. Trotz einiger Erfolge zeigt die Entwicklung der Infrastruktur und der Konnektivität noch viel Nachholbedarf. Obwohl die Länder des westlichen Balkans zu den ärmsten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa gehören, haben sie in den letzten zwei Jahrzehnten meist auch die schwächste wirtschaftliche Konvergenz im Vergleich zu Deutschland erlebt.

Wesentliche Voraussetzungen für eine effektive regionale Zusammenarbeit sind noch immer nicht gegeben.

Die potenziellen Vorteile regionaler Wirtschaftskooperation - sowohl für Handel als auch für Investitionen - sind auf dem Westbalkan gering. Alle Länder sind nach wie vor sehr arm und, mit der teilweisen Ausnahme Serbiens, sehr klein. Nichttarifäre Handelshemmnisse und eine schwache Konnektivität stellen ebenfalls große Hindernisse dar. Effektive regionale Wirtschaftskooperation hätte auch eine entschlossene politische Koordinierung erfordert. Die für eine wirksame regionale Zusammenarbeit erforderlichen politischen Anreize waren jedoch nicht immer aufeinander abgestimmt. Zudem gab es ein anhaltendes Spannungsverhältnis zwischen regionaler Zusammenarbeit und bilateralen EU-Beitrittsprozessen. Schwache institutionelle und administrative Standards sind ebenfalls eine große Barriere.

Die hartnäckige Fokussierung der EU auf regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit über zwei Jahrzehnte hindurch gibt viel Anlass zur Enttäuschung.

Die verstärkte Wirtschaftskooperation in den Bereichen Handel, Investitionen und Infrastruktur hat sich auf die wirtschaftliche Entwicklung und Konvergenz der Region nicht besonders positiv ausgewirkt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf liegt in den Westbalkanländern weitgehend zwischen 20-40% des deutschen Niveaus und damit weit unter dem Niveau der meisten osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten. Die Strategie der wirtschaftlichen Kooperation hat auch keine sichtbaren Auswirkungen auf die Lösung festgefahrenen territorialen und verfassungsrechtlichen Streitigkeiten gehabt. Die anhaltend starke Abwanderung deutet bei

jüngeren, gebildeten Menschen ebenfalls auf eine gewisse Perspektivlosigkeit hin und bestätigt die enttäuschende Entwicklung der letzten 20 Jahre.

Eine intensivere Integration mit der EU könnte wesentlich stärkere wirtschaftliche Auswirkung haben.

Die potenziellen Vorteile einer stärkeren Integration mit der EU sind viel stärker als Versuche, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern des Westbalkans weiter zu vertiefen. Während die regionale Zusammenarbeit auf dem Westbalkan sicherlich fortgesetzt werden sollte - insbesondere im politischen, sozialen und jugendpolitischen Bereich -, wäre es aus ökonomischer Sicht sinnvoll, die Bemühungen auf das größtmögliche Maß an EU-Integration zu konzentrieren. Selbst wenn ein vollständiger EU-Beitritt noch viele Jahre entfernt ist, sollten in der Zwischenzeit weitere Integrationsschritte in Betracht gezogen werden. Der Westbalkan macht insgesamt weniger als 1% des EU-BIP (vor Brexit) aus, oder nur etwas mehr als jenes der Slowakei. Damit hätten selbst eine moderate Zunahme der wirtschaftlichen Integration und der Zugang zu EU-Fonds erhebliche positive Auswirkungen. Dies müsste jedoch mit einer klaren Konditionalität hinsichtlich institutioneller und rechtsstaatlicher Standards einhergehen.

Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Kooperation und Entwicklung auf dem Westbalkan erfordert ein klares und entschlossenes EU-Engagement hinsichtlich der festgefahrenen konstitutionellen und territorialen Streitigkeiten in der Region.

Letztendlich kann die Wirtschaft nur einen Teil der Lösung liefern. Die Beilegung offener Verfassungsstreitigkeiten, die Einigung in territorialen Fragen und die Normalisierung der Beziehungen zwischen allen Ländern der Region sind jedenfalls zentrale Voraussetzungen für eine effektive regionale Zusammenarbeit auf dem Westbalkan. Dies gilt insbesondere zwischen Serbien und dem Kosovo sowie Bosnien und Herzegowina. Angesichts der zentralen Bedeutung Serbiens für viele der schwierigsten Fragen und seiner dominierenden Stellung in wirtschaftlicher Sicht (sein BIP liegt bei über 80% der anderen fünf Westbalkanländer zusammen) wird Brüssel eine spezifische Lösung für dieses Land finden müssen, wenn es den EU-Beitrittsprozess für die gesamte Region vorantreiben will.

Rückfragen

Richard Grieveson, Hauptautor und Stv. Geschäftsführer, wiiw (grieveson@wiiw.ac.at)

Stefani Weiss, Senior Expert, EU Governance, Foreign and Security Policy
(stefani.weiss@bertelsmann-stiftung.de)

Die Studie

'[Pushing on a string? An evaluation of regional economic cooperation in the Western Balkans](#)', Bertelsmann Stiftung und Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), [DOI 10.11586/2020047](https://doi.org/10.11586/2020047), September 2020

Download link: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/pushing-on-a-string-en>